

Der

Freisinn

FDP

Nr. 12  
Dezember 1989  
11. Jahrgang  
Erscheint monatlichRedaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38Inserate:  
ofa Zeitschriften  
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg  
Telefon (01) 809 31 11Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Umstrittener Unionsplan

## Kommt es zu einer Europawährung?

Seit dem Frühjahr 1989 gibt es den «Delors-Bericht» über die schrittweise Schaffung einer EG-Währungsunion. Doch eine Währungsunion lässt sich nicht einfach dekretieren.

Der «Delors-Bericht» ist im Auftrag der Regierungschefs der Zwölf von einer Gruppe erstellt worden, der unter der Leitung des Präsidenten der Brüsseler Kommission, Jacques Delors, insbesondere sämtliche Zentralbankleiter aus der EG angehörten. Über eine Systematisierung der währungs- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit soll der Weg weiterführen zu einem föderal strukturierten europäischen Notenbanksystem, und letztlich denkt man an eine europäische Einheitswährung.

Es fehlt dem Vorhaben nicht an integrationspolitischer Logik. Der angestrebte wirtschaftliche Grossraum mit vollständiger Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital bedarf ja optimaler Funktionsbedingungen, und zu diesen lässt sich eine gemeinsame Währung sicherlich zählen. Sie hat ihren Platz in dem visionären Drei-Stufen-Modell, das nach der Vollendung des Binnenmarktes die umfassende Wirtschafts- und Währungsunion herbeiführen soll und die letzte Etappe in der (politischen) «Europäischen Union» schlechthin sieht.

Doch eine Währungsunion lässt sich nicht einfach dekretieren. Sie erfordert ein hohes Mass an wirtschaftspolitischer Übereinstimmung, und dies wiederum

verlangt handlungsfähige Institutionen, die über denen der einzelnen Staaten stehen. Noch nicht ausgedacht ist der alte Schulstreit zwischen den sogenannten Monetaristen, die durch währungspolitische Gemeinsamkeit die wirtschaftspolitische Konvergenz zu erzwingen hoffen, und den «Ökonomen», die sich die Einheitswährung erst als Krönung zuverlässiger wirtschaftspolitischer Gemeinsamkeit vorstellen können.

Das bestehende Konzept ist auf Parallelität zwischen den beiden Ansätzen gerichtet. Bestimmt wird es durch einen ausgeprägten Integrationswillen übernationaler Prägung. Zu dessen tragenden Kräften gehört Delors in den vordersten Rängen. Seiner Position steht insbesondere diejenige der britischen Regierung gegenüber, die auf die vorrangige Autonomie der Staaten setzt.

Verbunden sind die beiden Konzepte durch das zentrale Ziel der monetären Stabilität. Auch im Delors-Entwurf kommt dies mit bemerkenswerter Folgerichtigkeit zum Ausdruck. Die Sicherstellung der Geldwertstabilität soll den Hauptauftrag für das geplante europäische Zentralbanksystem bilden.

Die auch ausserhalb Grossbritanniens, etwa in Deutschland, anzutreffenden Kritiker des De-

lors-Plans zweifeln indessen an der raschen Realisierbarkeit der Währungsunion. Sie fürchten, eine Einheitswährung würde den Inflationspegel eher über als unter dem derzeitigen Durchschnitt der Zwölfergemeinschaft halten. Denn auf wirtschafts- und haushaltspolitische Disziplin sei im Kreis der noch immer recht heterogenen EG-Mitglieder kein hinreichender Verlass. Überdies wäre eine Einheitswährung nur dann dauerhaft funktionstauglich, wenn zwischen den wohlhabenderen und den ärmeren Volkswirtschaften ein forcierter Ressourcentransfer von bisher unerreichten Ausmassen gewährleistet werden könnte.

So oder anders: Wie soll sich die Schweiz auf die Perspektive einer EG-Währungsunion einstellen? An sich ist sie gewiss an grösstmöglicher monetärer Stabilität des grossen EG-Partners interessiert. Zuverlässige Wechselkurse innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums sind ihr ebenso dienlich wie möglichst stabile Relationen zwischen dem Franken und den EG-Valuten.

Zur Berücksichtigung dieses Interesses hat sich bisher der Pragmatismus bewährt. Er ist mehr als nur Selbstzweck. Anwendung findet er in einer mehr oder minder formlosen Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken, und zwar nicht nur den europäischen. Vereinfacht könnte man sagen, die Telefonverbindungen mit den Noteninstituten der wichtigsten Weltwirtschaftspartner, etwa mit Frankfurt, London, Paris und New York, stellen ein taugliches Instrument der Währungsstabilisierung dar. Dieser Sachverhalt braucht vorerst auch im Blick auf eine EG-Währungsunion nicht an Wert zu verlieren.



Franz Steinegger: «Liberalismus ist eine Vision, die jetzt gerade halbe Erdteile in Bewegung bringt. Freisinnige verheissen aber kein definitives Glück, sondern wollen immer das nächstgrösste Problem anpacken und lösen.»

Interview mit FDP-Parteipräsident  
Nationalrat Franz Steinegger UR

## «Auf allen Ebenen wird engagierter gearbeitet und politisiert»

Zum Jahresende zieht FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger eine erste Bilanz. Wie beurteilt er den Zustand der FDP? Was sagt er zu den aktuellen Problemen in der Schweiz? Welchen konkreten Beitrag leistet die Partei zur Lösung dieser Probleme? – Das Gespräch führte Anna-Marie Kappeler.

Wie beurteilen Sie den Zustand der Partei?

Franz Steinegger: «Wir pendeln gegenwärtig zwischen Gegenwind und Aufbruch. Die Behandlung des PUK-Berichtes und die Wahl des Vizepräsidenten im Nationalrat ist natürlich vom politischen Gegner und in einigen Fällen auch von den Medien benützt worden, den Freisinn noch einmal anzugreifen. Dies hat teilweise auch die eigenen Reihen verunsichert.

Zum Teil sind Kritiker mit dem Anspruch höherer politischer Moral angetreten und haben nicht gemerkt, dass ihre Vorwürfe geradezu faschistoid waren. Es wurde beispielsweise eine ganze Personengruppe auf Grund ihrer geographischen Zugehörigkeit (Zürcher Freisinn) pauschal verteilt und versucht, diese von Ämtern auszuschliessen, ohne dem betreffenden Kandidaten individuell und konkret einen be-

rechtigten Vorwurf machen zu können.

Dabei wurden auch historische Tatsachen verdrängt. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die freisinnige Fraktion, als es um die Nachfolge von Bundesrat Friedrich ging, der Vereinigten Bundesversammlung einen Doppelpostulatsvorschlag unterbreitet hat. Die Sozialdemokraten waren die einzigen, welche diese Auswahl auf Elisabeth Kopp reduzierten.

Bereits bei dieser Wahl war die Vorstellung einer strikten Trennung zwischen Herrn Kopp und Frau Kopp massgebend. Diese Trennung ist erst durch das verhängnisvolle Telefonat vom 27. Oktober 1988 zur Fiktion geworden. Dieser Telefonanruf ist der Fraktion aber erst nach der Vizepräsidentenwahl vom 7. Dezember 1988 bekanntgeworden, weshalb bis zu diesem Zeitpunkt kein

Fortsetzung auf Seite 4



Ulrich Bremi: Vizepräsident des Nationalrates

FDP-Fraktionskollegen – Lilli Nabholz (ZH) und Ernst Mühlemann (TG) – gratulieren dem neugewählten Vizepräsidenten des Nationalrates, Ulrich Bremi (Zollikon ZH). Zuvor war von grüner und linker Seite der Versuch unternommen worden, dem Zürcher Freisinn auf Kosten des Kandidaten eins auszuwaschen. Doch der Unternehmer Bremi, der dank seiner offenen, originellen und unkomplizierten Art bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein Sympathien geniesst, wurde mit 108 Stimmen dann doch nicht schlechter gewählt als andere Vizepräsidenten vor ihm. Zur Erinnerung: 1987 errang Josef Iten (CVP/NW) ebenfalls 108 Stimmen, 1986 Rudolf Reichling (SVP/ZH) 101 Stimmen.

☆ *Partei und Fraktion der  
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz  
und die Redaktion des «Freisinns»  
wünschen allen Leserinnen und Lesern  
schöne Weihnachten  
und ein gutes neues Jahr.* ☆





Gedanken zum Jahresende

## «Der kalte Krieg ist vorbei»: Was wird aus Nato und Warschauer Pakt?

«Der kalte Krieg ist vorbei!» verkündete Gennadi Gerassimow nach der Gipfelbegegnung auf See vor Malta zwischen seinem Chef, Michail Gorbatschew, und dem amerikanischen Präsidenten, George Bush. Und der Sprecher des sowjetischen Aussenministeriums fügte hinzu: «Er endete offiziell am Sonntag, dem 3. Dezember 1989.» – Jacques Baumgartner analysiert die neue Weltlage.

Eigentlich ging der kalte Krieg und damit die europäische, auf Jalta im Februar 1945 festgelegte Nachkriegsordnung am 9. November zu Ende, als die DDR ihre Grenzen zum Westen öffnete. Die Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa haben in Europa ein neues politisches Klima geschaffen.

### Wandlung zum politischen Bündnis

Die beiden Militärböcke, die Atlantische Allianz (Nato) und der Warschauer Pakt, scheinen bald ihre Daseinsberechtigung verloren zu haben: möglicherweise aber erst in der Langzeitperspektive, denn jetzt und noch in naher Zukunft braucht Gorbatschew die Blöcke, um abrüsten und damit seinen Perestroika genannten wirtschaftlichen und politischen Umbau verwirklichen zu können. Die Nato ist, so paradox es anmutet, sein Druckmittel gegenüber den eigenen Generälen.

Denkbar ist, dass sich langfristig die Militärbündnisse zu politischen Allianzen wandeln. Derzeit bilden sie den Rahmen, um weitere Abrüstungsvereinbarungen auszuhandeln, diese in die Tat umzusetzen beziehungsweise zu verifizieren und zu überwachen.

Bemerkenswerterweise hat Gorbatschew vor einem (zu frühen) Truppenabzug der Amerikaner aus Europa gewarnt: Der Warschauer Pakt hat jetzt der sogenannten Breschnew-Doktrin von der «beschränkten Souveränität sozialistischer Staaten» abgeschworen. Und das heisst konkret: Die (verbliebenen) Kommunisten in Osteuropa können nicht mehr mit «grossbrüderlicher Hilfe» bei der Niederknübelung der eigenen Bevölkerung und deren demokratischer Aspirationen rechnen.

### Krieg zwischen Ex-Partnern?

Als Militärbündnis existiert im Grunde der Warschauer Pakt nicht mehr. Kein DDR-Deutscher, Pole, Tscheche, Slowake oder Ungar dürfte heute bereit

sein, für die Sowjets zu kämpfen. Aber als politisches Instrument, um einen Krieg zwischen Ex-Partnern zu verhindern, gewinnt er an Bedeutung.

Der ungarisch-rumänische Minderheitendisput könnte zum heissen Konflikt eskalieren, solange sich in Bukarest die Ceausescus Reformen widersetzen und eine Bulldozer-Politik betreiben, das heisst als Kulturgut gewachsene Dörfer dem Erdboden gleichmachen.

Was der sowjetischen Führung derzeit offenbar am meisten Sor-

ge bereitet, ist ein möglicher Zusammenbruch der Volkswirtschaften in einigen osteuropäischen Staaten. Das könnte zu chaotischen Entwicklungen ausarten, mithin zu einer Umkehr des Reformprozesses: dann nämlich, wenn der «Erwartungsdruck», der von der Bevölkerung ausgeht, nicht erfüllt werden kann.

### Amerika sagt «good-bye!»

Die Europäische Gemeinschaft (EG) war gut beraten, eine (Ost-) Europäische Entwicklungsbank zu schaffen, sich für das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung im Rahmen der europäischen Integration auszusprechen und dieses Recht anzuerkennen. Dahinter steht unter anderem der Gedanke, dass bis zur Jahrhundertwende die Volkswirtschaften der einzelnen EG-Mitgliedstaaten so eng verbunden und vernetzt sein werden, dass die deutsche Konföderation in spe nicht in der Lage wäre, auszuscheren und eine unabhängige wirtschaftliche und politische Kraft zu bilden. Ein (wieder-)vereinigtes Deutschland unter dem EG-Schirm dürfte auch im Kreml akzeptiert werden und Erleichterung auslösen.

### Friedensordnung

Am Ende von Nato und Warschauer Pakt dürften neue, regionale Militärbündnisse stehen. Denn der allumfassende Weltfrieden ist (noch) nicht ausgebrochen; oder, wie es ein sowjetischer General unlängst formulierte: «Natürlich erziehen wir unser Volk zum Frieden. Aber um es zum Frieden erziehen zu können, dafür brauchen wir eine Armee.»

Der EG fällt die Schlüsselrolle bei der Gestaltung der neuen europäischen Friedensordnung zu, wobei der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) – der auch die Schweiz angehört – als wirtschaftlichem Bindeglied zwischen den osteuropäischen Staaten und der Gemeinschaft ebenfalls eine neue Rolle zufallen wird.

Amerika aber dürfte (bald) «good-bye!» sagen. Es bleibt gewiss Freund, der aber seinen spezifischen Platz, zusammen mit Japan, im pazifischen Raum neu entdecken wird.

## Nationalismus in Europa

François Mitterrand blickt auf die Zeit nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa; Frankreichs Staatspräsident befürchtet unter anderem ein Wiedererwachen des Nationalismus und jahrhundertalter Streitigkeiten. Er befürwortet eine raschere politische, wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft (EG), um die nationalstaatlichen Begrenztheiten im Zaun zu halten bzw. aufzuheben.

Die sogenannte deutsche Frage hat in Westeuropa den Nationalismus wieder zum Gesprächsthema gemacht. Um den bundesdeutschen Aussenminister, Hans-Dietrich Genscher, zu zitieren: «Die Welt sollte sich vor einem vereinten, demokratischen Deutschland nicht fürchten.» Nationale, nationalistische Bestrebungen machen (auch) der sowjetischen Führung zu schaffen. Dort, wo diese «überbordend» und den Reformprozess insgesamt bedrohen, ist mit einem militärischen Eingreifen der sowjetischen Zentralmacht zu rechnen, aber nur, wenn Perestroika insgesamt in Gefahr kommen sollte.

### Revolutionäre Wurzeln

Der moderne Nationalismus als Ideologie, als politische Bewe-

gung wurzelt im Gedankengut der amerikanischen, Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung. Jeder Angehörige einer Nation hat den Anspruch, frei zu sein und sich selbst zu bestimmen.

Nationalbewusstsein entsteht durch nationale Identität: Gemeinsamkeit der Sprache, Kultur, Geschichte. Jedes Volk, das sich als Nation betrachtet, strebt letztlich einen eigenen Staat an.

Neben dem emanzipatorischen, kreativen Nationalismus brachte Europa auch den extremen und destruktiven, weil aggressiven Nationalismus hervor: Gipfelpunkt ist der deutsche Nationalsozialismus mit seiner Rassenlehre. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Nationalismus in (West-)Europa diskreditiert, aber nicht ganz tot. Er lebt fort in Form von Regionalismus, so beispielsweise jenem der Basken, Bretonen, Schotten, Waliser und Südtiroler, die alle grössere Autonomie innerhalb des Nationalstaates anstreben.

### Bündniszwang

Die zweigeteilte, bipolare Weltordnung zwang die nach dem Zweiten Weltkrieg erschöpften europäischen Staaten in Bünd-

## 1990 ...

... dürften die Westeuropäer noch mehr in Atem gehalten werden, als dies im alten Jahr der Fall war. Auf See vor Malta begruben die beiden Grossmächte Anfang Dezember die alte Nachkriegsordnung von Jalta. Wenn es auch kein Abschied der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von der Weltbühne ist, so ist es doch ein Zurückziehen und Besinnen auf sich selbst.

Die beiden Deutschland dürften rascher (wieder-)vereint sein, als derzeit vielleicht den meisten Europäern lieb ist. In beiden Deutschland finden 1990 weitgehend Parallelen bei den Parlamentswahlen statt. Der Europäischen Gemeinschaft fällt die Schlüsselrolle bei der Gestaltung der neuen Friedensordnung zu.

Wirtschaftlich erreicht die Sowjetunion im neuen Jahr den «absoluten» Tiefstand. Paradox, aber die Kremlführung dürfte alles Interesse an einer verschärften Notlage haben: Diese zwänge noch weitgehend passive Sowjetbürger, sich für Perestroika zu artikulieren, sich Reformen zu wünschen. Michail Gorbatschew wird im Westen (noch) weitgehend unterschätzt, weil er sich zu viel gefallen lasse. Noch muss er von fortgesetztem Einparteiensystem und «menschlichem Sozialismus» sprechen, und zwar u. a. aus Rücksicht auf die Kaste der Konservativen. Insgeheim dürfte ihm Pluralismus mit vielen Gesichtern lieber sein und letztlich vorschweben: Die baltischen Staaten machen 1990 den Anfang, Uneins ist sich die Moskauer Führung lediglich über das Reformtempo. Jegor Ligatschew ist es zu rapide; er dürfte nicht davor zurückschrecken, den Reformprozess notfalls mit einer «ideologielosen» Militärdiktatur abzusichern. Für Boris Jelzin entwickelt sich Perestroika zu langsam; er dürfte sich Chaos herbeiwünschen, um Akzeptanz der Revolution des gesellschaftlichen und politischen Umbaus zu erzwingen. In der Mitte zwischen diesen beiden «Extremen» steht Gorbatschew.

In den künftigen Ost-West-Beziehungen ist EG-Europa die Anlaufstelle, wobei die Deutschen die Hauptrolle vor den Franzo-

sen übernehmen werden. Die Amerikaner haben kein Geld – ihr Interesse liegt im Pazifik und in Mittel- und Lateinamerika –, die Briten sind nicht heimisch in Ost- und Mitteleuropa. Die Amerikaner dürften im neuen Jahr von «Halbzeitwahlen» im Kongress in Anspruch genommen werden. 1990 wird auch ein Abrüstungsjahr sein, in dem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ihre strategischen Nuklearwaffenarsenale halbieren.

Die Sandinistas in Nicaragua und Fidel Castro auf Kuba können nicht mehr auf brüderlichen Beistand aus der Sowjetunion, dem früheren Sowjetblock bauen. Wahrscheinlich sind ihre Tage gezählt. Die erfolglose Offensive der Guerillas in El Salvador war ein letzter Versuch der beiden marxistischen Regime, aber vorab Fidel Castros, um zu demonstrieren, dass Revolutionen nach alter Manier noch möglich seien.

In China könnte die Zeit nach Deng Xiaoping anbrechen und möglicherweise in Bürgerkrieg münden. Auf einem Vulkan sitzt der rumänische Diktator, Nicolae Ceausescu; in seinem stalinistischen Wahn könnte er die Flucht nach vorn antreten und einen Krieg mit seinem ungarischen Nachbarn anzetteln. 1990 dürfte das ehedertige Ende des jugoslawischen Vielvölkerstaates bringen, eine Explosion und ein Feuer, die unter Umständen eine gesamteuropäische Feuerwehrt bedingen. Nicht das Ende, aber einen weiteren Abbau der Apartheid in Südafrika bringt 1990. Wegen der neuen Situation in Europa dürfte mancher sich früher radikal gebärdende Afrika-staat gemässigt-konziliantere «Umgangstone» anschlagen.

Die Lage in Nahost bleibt ungewiss. Für Israel entsteht vielleicht insofern eine neue Situation, als der jüdische Staat feststellen wird, dass er angesichts der sich «ständig verbessernden Beziehungen» zwischen Washington und Moskau an strategischem Wert für die Amerikaner verliert. Das gilt auch für Syrien, das die Kosten der Perestroika ebenfalls zu spüren bekommt. j. b.

nissysteme. In Osteuropa wurde der Nationalismus, wo nicht durch Vertreibung und Umsiedlung ganzer Völker «bereinigt», durch die Ideologie des Internationalismus und Kommunismus künstlich unterdrückt. In Westeuropa übertrug der Nationalstaat viel von seiner Souveränität übernationalen Organisationen. Der Grundgedanke war dabei: Die national staatlichen Konflikte durch wirtschaftliche und politische Integration überwinden.

Heute spielt der Nationalismus nirgendwo eine so bedeutende Rolle wie in der Sowjetunion selbst und teilweise im früheren Sowjetblock.

### Noch dominieren die Russen

Je desolater die Wirtschaftslage in der Sowjetunion ist, desto stärker wird der Nationalismus der einzelnen Völker sein. Die Völker glauben, die Probleme allein besser lösen zu können. Noch dominieren die Russen, die zusammen mit den Ukrainern 66 Prozent der Sowjetbevölkerung ausmachen. Der Westen ist aufgefordert, seine Wirtschaftsstrukturen nach «Osten» zu tragen, nicht aber caritativ zu wirken. Das könnte Explosionen vorbeugen.

Im jugoslawischen Vielvölkerstaat nehmen die nationalistischen Auseinandersetzungen zu: Serbien erklärte Slowenien den Handelskrieg. Slowenien strebt ein pluralistisches System an und Dezentralisierung. Serbien ist auf starke Zentralgewalt – mit serbischer Vormachtstellung – aus: Eine höchst explosive Situation, zumal der jugoslawische Süden ohne den Norden nahezu ohne wirtschaftliche Zukunft ist.

Auf dem Balkan dominiert kein Volk das andere; aber es gibt Minderheitenprobleme (Ungarn in Rumänien und Türken in Bulgarien).

### Eine Nation

Letztlich, es gibt nur eine deutsche Nation. Die andere (DDR) definierte sich bis anhin durch ihr «sozialistisches» Gesellschaftssystem. Verschwindet dieses, existiert die DDR als Staat nicht mehr: Nach dem dramatischen Zusammenbruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) übriggeblieben sind Deutsche. Das heisst, Bulgaren, Polen, Tschechen und Slowaken und Ungarn sind, mit oder ohne Kommunismus, Bulgaren, Polen, Tschechen und Slowaken und Ungarn. Sie sind und bleiben Nationen, Staaten. j. b.



FDP-Tagung vom 13. 1. 1990

## Liberalismus für die neunziger Jahre

Am 13. Januar 1990 wird die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine Tagung unter dem Titel «Liberalismus für die neunziger Jahre» durchführen. Neben den Referaten von Prof. Dr. Hermann Lübke (Zürich) über die «Zukunft der Freiheit in der modernen Industriegesellschaft» und Prof. René Frey (Basel) über «Liberales Herausforderungen auf dem ökologischen/ökonomischen Gebiet» wird die Arbeit in den Arbeitsgruppen im Zentrum stehen. Vier Parlamentarier, die eine solche Gruppe leiten, umreissen, was sie beim Thema «Liberalismus» besonders beschäftigt.

### Schlüsselbegriffe Toleranz und Solidarität überdenken



bar, und deren Voraussetzung ist die Toleranz.

Solidarität heisst, miteinander und füreinander einzustehen, sich gegenseitig verpflichtet zu fühlen. Solidarität setzt jedoch selbstverantwortliches Handeln voraus. Nur selbstverantwortliche Menschen können Solidarität miteinander und füreinander ausüben. Die Solidarität darf aber nicht zur Verminderung oder gar zur Aufhebung der Selbstverantwortung des Einzelnen führen.

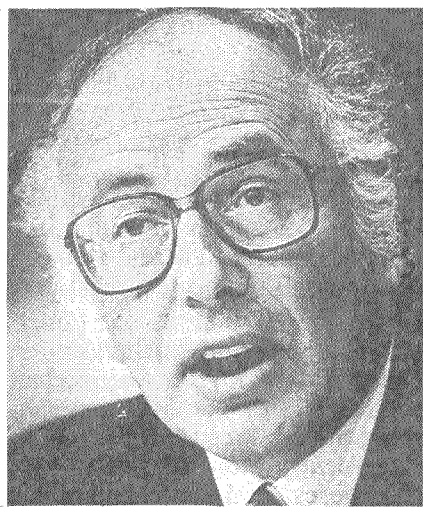
Nationalrätin Lili Nabholz, Zollikon ZH

Politische Pragmatiker berufen sich gerne auf Grundsätze. Der Bezug darauf bleibt jedoch oft im Unverbindlichen und Vagen stecken, wenn deren Gehalt in einer sich ändernden Welt nicht immer wieder neu durchdacht und gewichtet wird. Schlüsselbegriffe wie persönliche Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Offenheit und Toleranz stehen in einer widersprüchlichen Zeit, die durch Konsumhaltung, Technisierung, Umweltbewusstsein, Privatismus und Internationalisierung ebenso geprägt ist wie durch Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen und des Wertgefüges, auf dem Prüfstand.

Die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur – wir leben heute in einer Viergenerationengesellschaft – bringen verschiedene neue Probleme mit sich. Eines der meistwähnten und immer wieder diskutierten betrifft das AHV-System. Im Zusammenhang mit Fragen um unser liberales Gedankengut geht es aber nicht um einzelne, sondern um übergeordnete Fragen, die uns helfen können, die praktischen Probleme besser anzugehen.

In der Arbeitsgruppe «Änderung der Bevölkerungsstruktur» geht es vor allem darum, die Schlüsselbegriffe Toleranz und Solidarität zu überdenken. Toleranz verlangt Achtung und Rücksichtnahme gegenüber dem Mitmenschen und der Umwelt. Der Liberalismus anerkennt keine letzten menschlichen Wahrheiten und endgültigen Entscheidungen. Geistige Freiheiten und Schutz der Minderheiten sind vielmehr Kernstück seines Programms. Sie sind für die Entwicklung der Gesellschaft unabding-

## Rückzug der Bürger in die Gärten des privaten Lebensgenusses



Unser Staat wird nicht mehr als Schicksalsgemeinschaft erlebt. Er ist von aussen nicht bedroht. Die sozialen Spannungen im Innern gefährden seine Funktionen nicht. Er wird von verschiedenen Gruppierungen stark kritisiert. Hier und da erhält man den Eindruck, es laufe alles schief. Das mag dem Bürger nahelegen, sich zurückzuziehen und die privaten Interessen und Vergnügungen den staatlichen Verpflichtungen voranzustellen.

Der «gesicherte» Wohlstand und die soziale Absicherung in der Versicherungsgesellschaft suggerieren Gefühle der Unabhängigkeit und der persönlichen Freiheit. Man glaubt, nicht mehr darauf angewiesen zu sein, dass alle gemeinsam auf das Ziel einer gerechten und freien Gesellschaft hin arbeiten. Der Staat hat die Funktion der Versorgung und der

Wohlstandssicherung zu übernehmen.

Das Bild des Staates ändert sich und damit auch die Ansprüche an ihn. Der Pluralismus der isolierten Lebenswelten, in die sich vor allem auch die Gutsituierten zurückziehen, gestattet, sich aus dem Weg zu gehen, die Konflikte zu verdrängen und sie zu übertünchen. Der moderne Mensch hat die Neigung, sich mehr auf den Pluralismus zu berufen als auf die Gemeinsamkeiten. So ist er bereit, die Geschichtslosigkeit im Gegensatz zur gemeinsamen Geschichte mehr zu betonen, die Vielfalt stärker als die Einheit, die Konkurrenz mehr als die Kooperation.

Eine freiheitliche Demokratie aber muss stets das Neben- und

Gegeneinander regeln und ein Gleichgewicht der Kräfte, der privaten und der öffentlichen, der individuellen und der kollektiven, der persönlichen und der gemeinschaftlichen herstellen. Nur wenn es ihr gelingt, eine Gleichgewichtslage zu schaffen, gewinnt sie die notwendige Handlungsfreiheit für die Bewältigung der Probleme.

Der Rückzug des Bürgers in die relativ konfliktfreien Gärten des privaten Lebensgenusses und der privaten Selbstverwirklichung ist eine Absage an die Gleichgewichtslage des Staates. Er verstärkt das Neben- und Gegeneinander des Vielfältigen. Damit gehen liberale Haltungen wie Toleranz, Gemeinsinn, Sinn für die Gerechtigkeit und Verantwortung verloren.

Ständerat Andreas Iten, Unterägeri ZG

## Spannungsfeld Medien



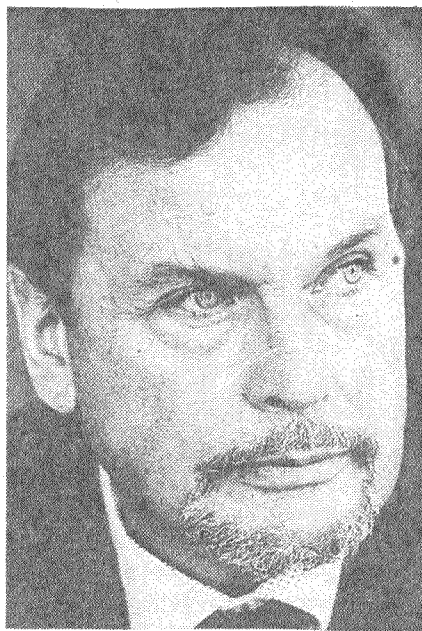
Wie soll nun eine liberale Medienordnung aussehen? Aus der speziellen Lage, in der sich die Schweiz durch ihre föderalistische Struktur und durch ihre Nähe und kulturelle Verbundenheit mit den Nachbarländern befindet, ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen dem liberalen Ideal der Konkurrenz und dem Schutz unserer eigenen kulturellen Vielfalt. Das betrifft besonders die elektronischen Medien.

Eine grundlegende Frage ist auch, ob Konkurrenz in den elektronischen Medien, die ja sehr viel finanzielle Mittel brauchen, der Qualität förderlich ist oder nur seichte Unterhaltung hervorbringt. Inwieweit soll und kann der Einzelne von der «Boulevardisierung» geschützt werden? Was bedeutet in diesem Zusammenhang Freiheit des Menschen? Dabei kann ein negatives Bild der individuellen Freiheit als «Laissez-faire» nicht genügen; weil auch im Medienbereich für die liberale Bewältigung moderner Probleme staatliche Massnahmen im Verbund mit privaten Bestrebungen und Verantwortlichkeiten gefordert sind.

Nationalrat Pascal Couchepin, Martigny VS

Mich beschäftigt das Thema Liberalismus in bezug auf unsere Kommunikationsgesellschaft, insbesondere in bezug auf den Umgang mit Medien. Die Frage stellt sich, welche Auswirkungen die modernen technischen Möglichkeiten auf die Gesellschaft, auf die Schweiz haben werden. Wird die moderne Kommunikationsgesellschaft wirklich zu mehr Kommunikation führen, oder fördert sie die Vereinzelung, die sich schon heute besonders in Städten feststellen lässt?

## Individualrechte und Pflichten gegenüber der Gemeinschaft



aus einer vom Gedanken der Gleichheit aller bestimmten Vision heraus, allen die gleichen Optionen aufzwingt) und fideistische Ansätze (bei denen die Partei einer Ideologie oder einer Religion gehorcht, die von sich behauptet, alleinige Besitzerin der höchsten Wahrheit zu sein, und die deshalb glaubt, diese Wahrheit allen Mitmenschen aufzwingen zu müssen, um sie zu befreien oder zu retten).

Eine liberale Partei muss sich bemühen, ihre Ziele in klar umrissenes politisches Handeln und gut strukturierte operative Pläne umzusetzen, und versuchen, für die Probleme des Zusammenlebens Lösungen vorzuschlagen, welche den Individualrechten und den besonderen Pflichten der Person gegenüber der Gemeinschaft Rechnung trägt.

Die Geschichte hat gezeigt, dass in jenen Gesellschaften die besten Resultate erzielt werden, in denen sich der Liberalismus mit der Demokratie verbindet: Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist unter dem Zeichen des Liberalismus und der Demokratie entstanden. Für die FDP war es immer von wesentlicher Bedeutung, stets beide im Blick zu behalten, um dadurch die unvermeidlichen degenerativen Tendenzen, gegen die beide nicht absolut gefeit sind, zu korrigieren.

Nationalrat Sergio Salvioni, Verscio TI

## Liberalismustagung

Hat der Liberalismus in Zukunft eine Chance? Was bedeutet liberale Politik heute und morgen? Was heisst Freiheit des Menschen in einem hochkomplexen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Umfeld, das durch den Wandel vieler Werte gekennzeichnet wird? – Dies sind Fragen, denen sich die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) als Hüterin des liberalen Gedankenguts stets von neuem zuwenden muss. An der Liberalismustagung im Januar soll eine Auseinandersetzung der Tagungsteilnehmer mit solchen Fragen stattfinden. Ziel ist es, über das Grundsätzliche zu reden und neue Impulse für die künftige politische Arbeit zu gewinnen.

**Samstag, 13. Januar 1990, Kursaal Bern, Schänzlistrasse 71-77 (Tram Nr. 9, Richtung Guisanplatz, Haltestelle Kursaal)**

Zur Liberalismustagung sind alle interessierten Parteimitglieder eingeladen.

Programm	
10.00 Uhr	Beginn der Tagung: Begrüßungsworte durch FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger (UR) Einleitung durch den Tagungsleiter, FDP-Ständerat Prof. Dr. René Rhinow (BL)
10.30 Uhr	Referat von Prof. Dr. Hermann Lübke, Universität Zürich <i>Die Zukunft der Freiheit in der modernen Industriegesellschaft</i> Kurzreferat von alt FDP-Regierungsrat Claudio Generali (TI): Gedanken und Thesen zum Problemkreis Lübke
11.10 Uhr	Referat von Prof. Dr. René Frey, Universität Basel <i>Liberales Herausforderungen auf dem ökologisch/ökonomischen Gebiet</i> Kurzreferat von Anne Petitpierre, Rechtsanwältin, Genf: Gedanken und Thesen zum Problemkreis Frey Zusammenfassung der Thesen aus den Referaten durch den Tagungsleiter
12.00 Uhr	Lunch
13.00 Uhr	Arbeitsgruppe zu verschiedenen Problemkreisen
15.30 Uhr	Vorstellen der Thesen im Plenum durch die Gruppenleiter Schlusswort des Tagungsleiters
16.30 Uhr	Schluss der Tagung

### In eigener Sache

Gerne würden wir von möglichst vielen FDP-Mitgliedern Gedanken zum Thema Liberalismus und/oder von Tagungsteilnehmern einen Eindruck von der Liberalismustagung im nächsten «Freisinn» publizieren. Bitte schreiben Sie uns! Einsendeschluss ist der 17. Januar 1990.

Der/die Unterzeichnete  
 nimmt an der Liberalismustagung vom 13. Januar 1990 teil.

Vorname/Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Talon senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.



Fortsetzung von Seite 1

Grund vorhanden war, auf die Kandidatur von Frau Kopp zu verzichten.

Mit diesen Hinweisen kann natürlich die politische Verantwortung nicht weggeredet werden, aber die Tatsachen dürfen ebenfalls benannt werden. Um so mehr, als der kritische Journalismus sich in diesem Bereich nicht sonderlich ausgezeichnet hat, von einigen löblichen Ausnahmen natürlich abgesehen.

Die verschiedenen Probleme haben erfreulicherweise nicht zu einer Verschlechterung der Stimmung in der Partei geführt. Vielmehr sind viele etwas müde und lethargisch gewordene Freisinnige wieder wach geworden. Auf allen Ebenen wird wieder engagierter und frischer gearbeitet und politisiert.»

Man wirft der FDP oft vor, sie habe keine Visionen, sie politisiere zu sehr im Rahmen des Bestehenden.

Franz Steinegger: «Liberalismus ist eine Vision, die jetzt gerade halbe Erdteile in Bewegung bringt. Es sind nicht sozialistische, sondern liberale Gedanken, welche die Menschen auf die Strasse treiben und Regierungen stürzen, die ohne jede Legitimation die Macht jahrzehntelang für sich beansprucht haben. Freisinnige verheissen aber kein definitives Glück, sondern wollen immer das nächstgrösste Problem anpacken und lösen. Das wollen wir verstärkt tun und weniger vom Status quo reden. Darüber wollen wir auch an unserer Liberalismustagung am 13. Januar 1990 nachdenken.»

Welches sind Ihrer Ansicht nach heute die Hauptprobleme in der Schweiz?

Franz Steinegger: «Ich teile die Einschätzungen, wie sie aus Umfrageergebnissen ersichtlich sind.

Dort werden das Bodenproblem, die Drogenfrage und die Asylpolitik als Hauptprobleme in der Schweiz genannt. Darüber hinaus ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EG in eine kritische Phase gelangt, was in der Bevölkerung, auch im politischen Establishment, noch nicht richtig wahrgenommen wird. Der schweizerische Bewusstseinsstand vom Juli 1989 wurde durch Verhandlungen auf europäischer Ebene überholt. Diese bewegen sich nun in eine andere Richtung, als dies die Schweiz wünscht, ohne dass darüber in unserem Land richtig diskutiert wurde.»

Wie antwortet die FDP darauf und auf die anderen ungelösten Probleme in der Schweiz?

Franz Steinegger: «In den Bereichen Boden-, Drogen- und Asylpolitik hat die Partei ausführliche Positionspapiere erarbeitet. Diese werden nun weiterentwickelt und realisiert. Beim EG-Thema hat die freisinnige Fraktion die Führung übernommen. Vor der Wintersession hat die FDP das Thema in die Bundesratsparteienspäße gebracht. Parteiintern würde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Auftrag hat, Szenarien zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe soll alle Möglichkeiten des Verhältnisses Schweiz - EG aufzeigen und prüfen. Das geht vom Beitrittsantrag bis zu einer Haltung, die zwar offen gegenüber Europa ist, ohne dass sich die Schweiz aber stärker institutionell an die EG anschliesst.»

Wie soll es in den Bereichen Boden-, Drogen- und Asylpolitik konkret weitergehen?

Franz Steinegger: «Das Bodenproblem betrifft Bund, Kantone und Gemeinden, also alle drei Ebenen. Nach der Delegiertenversammlung zur Bodenfrage im September dieses Jahres hat die FDP begonnen, die Kantone und

die Gemeinden zu aktivieren, indem sie Unterlagen erarbeitet hat. Diese umfassen eine Checklist mit Postulaten im Bereich Bodenrecht, Raumplanung und Wohneigentumsförderung und eine «Politische Rundschau», also unsere politische Zeitschrift, zum Thema Boden mit Grundsatzartikeln. In der Checklist sind Massnahmen aufgelistet, welche die an einer Delegiertenversammlung verabschiedeten Thesen zur Bodenpolitik in konkrete Postulate umsetzen.

Die Arbeiten aber gehen weiter. Die FDP-Arbeitsgruppe überlegt sich nun, wie man dem zunehmenden Wohnungsproblem von einzelnen Kategorien von Bürgern begegnen könnte. Wenn immer behauptet wird, dass wir in der Schweiz eigentlich keine Wohnungsnot haben, weil wir eine grosse Wohngesamtfläche haben, so ist das nur teilweise richtig. Der Leerwohnungsbestand ist alarmierend gering. Einzelne Mitbürger haben daher grosse Probleme, eine Wohnung zu finden. Das betrifft vor allem junge Menschen, die neu eine Wohnung suchen, oder solche, die aus beruflichen Gründen ihren Wohnort wechseln. Die FDP-Arbeitsgruppe hat den Auftrag, liberale Lösungen für dieses Problem zu suchen, die nicht darin bestehen, den Wohnungsmarkt noch mehr zu reglementieren und dadurch die Schaffung von neuem Wohnraum zu behindern.

Auch in der Drogenfrage ist die FDP dabei, ihre Stellungnahme zu konkretisieren und breiter einzubinden in eine Gesamtdrogenpolitik. Die Ergebnisse werden im Verlaufe des Jahres 1990 vorliegen und an einer Delegiertenversammlung behandelt werden. Bei der Asylpolitik liegt der Ball nun beim Bundesrat. Dessen Antwort ist ungefähr auf März zu erwarten. Die FDP hat ihre Forderungen

gestellt, sie ist auch gewappnet, um dann die bundesrätlichen Vorschläge einer kritischen Prüfung zu unterziehen und zu ergänzen.»

Was sagt die FDP, was sagen Sie zum Thema Rassismus?

Franz Steinegger: «Die FDP war die erste Partei, die rassistische Gewalttätigkeiten verurteilt. In meiner Eröffnungsansprache der Delegiertenversammlung vom 21. Oktober 1989 sagte ich, dass die FDP jede Gewalt gegen Ausländer und Asylgesuchsteller verurteilt. Es gibt für diese Übergriffe, Brandstiftungen und anderen Sachbeschädigungen, namentlich aber für die vorsätzliche Gefährdung von Leib und Leben keine Entschuldigung. Gleichzeitig betonte ich, dass wir unserer Polizei alle Unterstützung zu leisten haben, um Täter ausländerfeindlicher Gewalttätigkeiten zu fassen. Die FDP war auch die einzige Partei, die in einem Communiqué die Vorgänge in Steinhäusern verurteilte. Beim gewaltsamen Tod eines Türken in Freiburg haben wir nicht reagiert, was sich im nachhinein als richtig herausstellt, weil nicht Ausländerfeindlichkeit Anlass für die Schlägerei in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1989 war.

Die SP aber hat unsere Vorschläge, die wir im vergangenen September präsentiert haben und die sich mit Missbräuchen im Asylwesen auseinandersetzen, sofort als Rassismus abgetan. Diese Haltung hat Methode: Eine Diskussion wird verunmöglicht und das Thema Asylpolitik tabuisiert. Dadurch wird aber Nährboden geschaffen für rassistische Umtriebe. Die SP sollte nicht länger als Verhinderer in der Asylpolitik auftreten, sondern an den Tisch kommen, um mitzuhelfen, Lösungen zu finden, die Missbräuche verhindern oder mindestens reduzieren. Enttäuschung über Miss-

### Mit Agenda 1990

Kennen Sie das FDP-Portefeuille? Es ist aus bestem Anilinder (bordeauxfarbig) und mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. versehen, und dazu noch mit der FDP-Agenda für das kommende Jahr.

Ich bestelle... Ex. FDP-Portefeuille (inkl. Jahresagenda 1990) à Fr. 44.-, plus Verpackungs- und Versandkosten.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

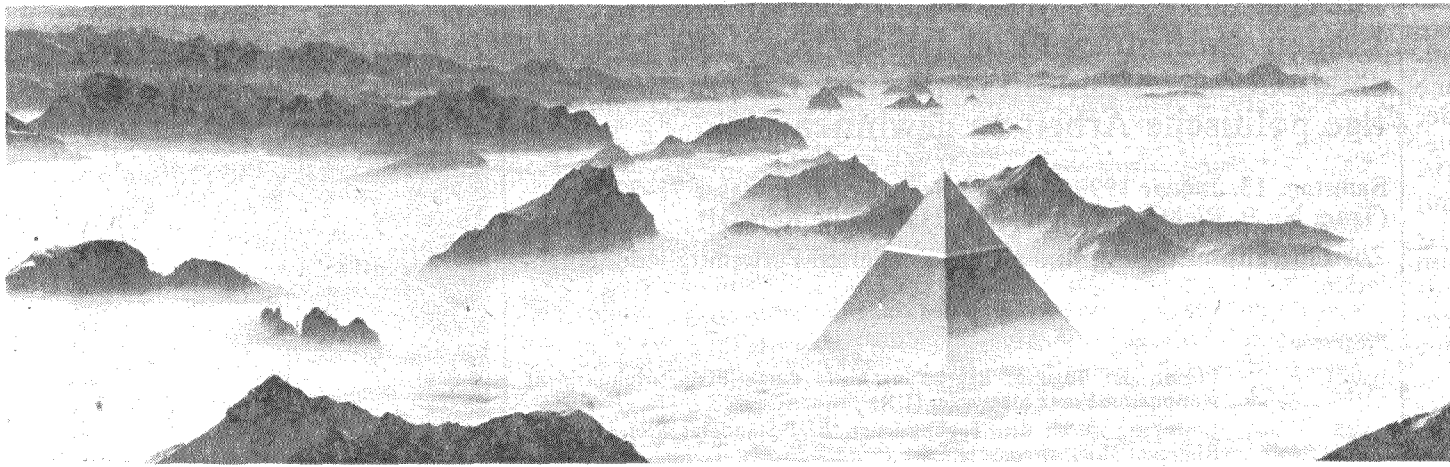
Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

bräuche im Asylwesen darf keine gesetzeswidrigen Aktionen zur Folge haben. Das Problem muss aber politisch angegangen werden können.»

Was sagen Sie, nun schon etwas aus Distanz, zum Ergebnis der Volksabstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative?

Franz Steinegger: «Das Ergebnis heisst für mich, dass sicherheitspolitische Diskussionen intensiver und bürgernäher geführt werden müssen und nicht allein der Armee überlassen bleiben dürfen. Ohne die Zielsetzung der Kriegstüchtigkeit ausser acht zu lassen, muss die Führungsmethoden, erfolgreich erprobten zivilen Methoden angepasst werden. Menschenführung und Motivation rücken ins Zentrum. Die Frage nach dem Wesentlichen ist gestellt. Wir müssen uns ihr stellen.»

### SKA-Anlage-Service plus



## Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen - zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.





Stellungnahme zur Absicht des Bundesrates, den Agglomerationsverkehr aus Treibstoffzollmitteln zu fördern

## Gute Idee, aber nicht zulasten der Berggebiete

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Agglomerationsverkehr aus Treibstoffzollmitteln zu fördern. In ihrer Stellungnahme, welche vom Ausschuss für Verkehrspolitik unter der Leitung von Nationalrat Dr. Peter Aliesch (GR) ausgearbeitet wurde, lehnt es die FDP aber ab, dass diese Förderung auf Kosten der Rand- und Berggebiete erfolgen darf, wie dies der Bundesrat vorschlägt. Nationalrat Aliesch begründet diese Haltung.

Die FDP betrachtet die Angebots- und Leistungsverbesserungen im Agglomerationsverkehr als eine vordringliche Aufgabe der nationalen Verkehrspolitik. Nicht zuletzt im Bereiche des Umweltschutzes, aber auch hinsichtlich Verkehrserschliessung und Infrastrukturanlagen besteht in den Agglomerationen ein grosser Nachholbedarf. Notwendige Aufgaben werden oft zurückgestellt, weil die Kantone und Gemeinden nicht genügend Steuermittel zur Verfügung stellen.

### Keine Förderung auf Kosten der Berggebiete

Als Ziel der vom Bundesrat vorgeschlagenen Revision des Treibstoffzollgesetzes ist die Optimierung des Gesamtverkehrs innerhalb der Agglomerationen zu betrachten. Mit Nachdruck muss aber auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, dass die Agglomerationen auf Kosten der Rand- und insbesondere der Berggebiete noch attraktiver werden könnten. Einer solchen unerwünschten Entwicklung ist entschieden entgegenzutreten.

Die vorgesehene Revision des Treibstoffzollgesetzes hat darum diesen Bedenken Rechnung zu tragen, beispielsweise bei der Bemessung der Beitragssätze. Damit stellt sich die FDP gegen die Absicht des Bundesrates, welcher die



heutigen ausserordentlichen allgemeinen Strassenbeiträge an die Kantone streichen möchte.

### Attraktiverer Agglomerationsverkehr

Die FDP stimmt einer Finanzierung des Agglomerationsverkehrs aus Treibstoffzollmitteln zu, will jedoch an der durch die Verfassung vorgeschriebenen Zweckbindung festhalten. Aus Treibstoffzollmitteln mitfinanziert werden sollen deshalb in erster Linie städtebaulich und verkehrstech-

## Couchepin, neuer Präsident der FDP-Fraktion

Pascal Couchepin ist Bürger von Martigny, Nachkomme einer Familie, die im 18. Jahrhundert aus dem Elsass ins Wallis zog. Geboren wurde er am 5. April 1942 in Martigny. Sein Vater, Henri Couchepin, Advokat, ehemaliger Delegierter und Präsident der freisinnigen Bezirksparterie, starb im Alter von vierzig Jahren. Die Mutter zog daraufhin die vier Kinder allein auf.

Nach der Primarschule in Martigny und der Lateinmatura im Collège de St-Maurice studierte Couchepin an der Universität Lausanne, wo er 1967 mit Lic. iur. abschloss.

Während des Studiums arbeitete er im internationalen Nachrichtendienst von Radio Suisse romande. Es folgte anschliessend ein Stage als Advokat und Notar bei François Couchepin, dem heutigen Vizekanzler der Eidgenossenschaft. Nach einigen Monaten Arbeit bei einer Versicherungsgesellschaft eröffnete Couchepin 1969 ein Advokatur- und Notariatsbüro in Martigny. Bereits während des Studiums unterrichtete Couchepin auch Rechts- und Staatskun-



de an der Handelsschule in Martigny.

Couchepin ist verheiratet und Vater dreier Kinder im Alter zwischen 8 und 14 Jahren. Seine Hobbies sind Lesen, Skifahren und Wandern. Er betreut das Sekretariat der Walliser Industrievereinigung und hat öffentliche und private Verwaltungsmandate in den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation und Weinbau.

Im Alter von 26 Jahren wurde Couchepin in den Gemeinderat von Martigny gewählt, wo er 1976 zum Vizepräsidenten, 1984

zum Präsidenten gewählt wurde.

Während acht Jahren war er auch Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei von Martigny.

Couchepin wurde 1979 zum Nationalrat gewählt, als die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Wallis einen zweiten Nationalratsitz errang. In Bern präsidierte er die Kommission für Wissenschaft und Forschung.

Im sozialen Bereich präsidierte Couchepin während 21 Jahren die Vormundschaftsbehörde. Seit 1980 führt er den Vorsitz in der Walliser Vereinigung für die körperlich und geistig Behinderten, welche die Walliser Sektion der Pro Infirmis und den Sozialdienst der Walliser psychiatrischen Anstalten umfasst. Er ist Mitglied des schweizerischen Rates der Pro Juventute. Couchepin präsidiert ferner die Helvecum, die Vereinigung für eine Förderung der Telekommunikation auf privater Basis.

Im Militär bekleidet Couchepin den Rang eines Hauptmanns der Gebirgsinfanterie.

nisch notwendige Umbauten von Bahnanlagen wie Parkhäusern, behindertenfreundlichen Umsteigemöglichkeiten und Überdachungen. Gefördert werden soll zudem die Entflechtung von Schiene und Strasse, wozu auch die Unterstützung des Baus von Park-and-ride-Anlagen gehört. Eine verstärkte Unterstützung der Agglomerationen darf aber keinesfalls zu einer Verminderung der Leistungen an die Rand- und Berggebiete führen.

### Andere Finanzierung vorgeschlagen

Der Bundesrat möchte die vorgesehene Änderung des Treibstoffzollgesetzes haushaltneutral ausgestalten. Er will deshalb jene 150 Millionen Franken, welche heute als ausserordentliche allgemeine Strassenbeiträge den Kantonen zufließen, streichen.

Dieser Absicht tritt die FDP mit aller Entschiedenheit entgegen. Für den Kanton Graubünden beispielsweise würde eine derartige Streichung zu jährlichen Mindereinnahmen aus Treibstoffzollmitteln von 15 Millionen Franken führen. Zur Finanzierung der Strassenaufwendungen müssten Graubünden und andere Berg- und Randkantone deshalb vermehrt allgemeine Steuermittel aufwenden. Diese Mittel würden dann in anderen Bereichen, z. B. im Bildungs- und Gesundheitswesen, fehlen.

Die FDP lehnt eine Förderung des Agglomerationsverkehrs zulasten der Rand- und Berggebiete kategorisch ab. Von der FDP vorgeschlagen wird neben der Förderung des Agglomerationsverkehrs im Gegenteil zusätzlich eine angemessene Erhöhung der Beiträge an Kantone ohne Agglomerationen. Dies ist angesichts der Treibstoffzollrückstellung von heute über zwei Milliarden Franken ohne weiteres verantwortbar.

## FDP-Reise nach Polen

Es ist soweit! Das Reiseprogramm für die FDP-Reise nach Polen nimmt Gestalt an. Im Mai 1990 fahren zwei Reisegruppen nach Warschau, ins ehemalige Ostpreussen und nach Danzig. Die Teilnehmerzahl jeder Reise ist auf vierzig beschränkt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt. Planen Sie deshalb schon jetzt!

### Reisedaten

1. Reisegruppe: 17. Mai bis 22. Mai 1990
2. Reisegruppe: 24. Mai bis 29. Mai 1990

### Preis

Zirka Fr. 1500.-, Einzelzimmerzuschlag Fr. 200.-  
(Unterkunft: 1.-Klass-Hotels, Vollpension)

### Vorläufiges Programm

Donnerstag:	Abflug 12.25 Uhr mit der Swissair nach Warschau, Ankunft 14.20 Uhr, Empfang bei der Schweizer Botschaft: Einführung in die aktuelle wirtschaftliche und politische Lage Polens
Freitag:	Politische Begegnungen in Warschau mit Vertretern des polnischen Parlaments sowie Vertretern der Solidarnosc und der Demokratischen Partei
	Stadtbesichtigung, Nachtessen in der Altstadt
Samstag:	Der Morgen steht zur freien Verfügung
	Zirka 15.00 Uhr Abreise ins ehemalige Ostpreussen, nach Olsztyn (Allenstein)
Sonntag:	Fahrt durch Masurien nach Danzig mit Zwischenhalten: Besichtigung von Hitlers Hauptquartier im Ostfeldzug, Fahrt an die sowjetische Grenze, Führung durch die mittelalterliche Festung Marienburg
Montag:	Stadtrundfahrt in Danzig, evtl. Besichtigung der Lenin-Werft, Gespräche mit Exponenten von Wirtschaft und Politik, Rückflug nach Warschau
Dienstag:	Gespräche mit nationalen und internationalen Wirtschaftsexperten, 15.10 Uhr Abflug, 16.55 Uhr Ankunft in Zürich

### Anmeldung FDP-Reise nach Polen

Ich melde mich für folgendes Datum an:

17. Mai bis 22. Mai 1990  
 24. Mai bis 29. Mai 1990

- Einzelzimmer  
 Doppelzimmer, zusammen mit: \_\_\_\_\_

Vorname/Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

## SEMPERIT

### Gummitechnik

Als führender europäischer Produzent sind wir auf innovative Gummiprodukte spezialisiert:

Gummidichtungsprofile und Gummiartikel  
Gummipress- und Dichtungsplatten  
Produkte für die Eisenbahn, Seilbahn- und Verkehrstechnik  
Verschleisschutzprodukte  
Spezialschläuche für chemische und abrasive Medien  
HD-Hydraulikschläuche mit Stahleinlagen  
Operations-, Untersuchungs- und Arbeitshandschuhe

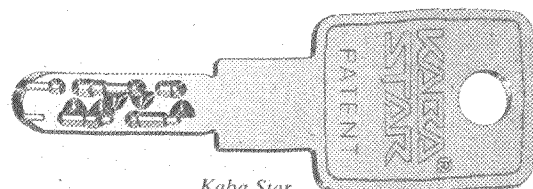
Unsere Beratung ist direkt, sachlich und kompetent!

Qualitätssicherung nach internationalen Normen!

### Semperit Technische Produkte AG

CH-8953 Dietikon/ZH, Lerzenstrasse 19  
Postfach 268, Tel. 01/740 29 39, Fax 01/740 31 51

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.  
Das universelle Schliesssystem.  
Von Bauer Kaba.



*EIGENTLICH IST EINER BANK WIE DER UNSEREN*

*MEHR DARAN GELEGEN,*

*DEN KUNDEN ZUZUHÖREN, ALS IHNEN HIER ZUZUREDEN.*

**BANK VONTOBEL**  
Zürich

Die Spezialisten für Vermögensverwaltung und Wertpapierhandel. Unabhängig und persönlich.  
Bank J. Vontobel & Co. AG, Bahnhofstr. 3, CH-8022 Zürich, Tel. 01 488 71 11. Weitere Unternehmen der Vontobel-Gruppe: Vontobel USA Inc., New York,  
Vontobel Asset Management AG, Zürich, EC Consulting Group AG, Zürich, Düsseldorf, London, Brüssel.

**FEDERN**  
in jeder Grösse  
für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG  
Federnfabrik  
CH-8630 Rütt  
Tel. 055/84 11 11

**BAUMANN**

Damit Ihre  
Zeitungswerbung  
ankommt.  
**ofa**

**WALDE & PARTNER**  
Forchstrasse 70, 8008 Zürich, Tel. 01 55 02 44  
Ihre Verbindung  
zum Käufer nach Mass

An alle

**Parteipräsidenten**

**Mitglieder- und Sponsorenwerbung. Mailings, Mitgliederverwaltung nach beliebig vielen Kriterien, Adressen auf Disketten pro Kanton, Bezirk oder Gemeinde, Übernahme bisheriger Adressen, etc.**

Das sind nur wenige Stichworte des schweizerischen ALWEAG Parteienprogramms, das seine Bewährungsproben auf Gemeinde-, Bezirk-, Kantons- und Bundesebene bestanden hat. Interessiert? Prüfwert? Senden Sie unverbindlich und kostenlos nähere Informationen an:

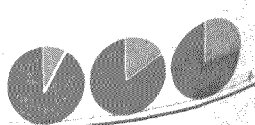
Vorname..... Name .....

c/o .....

Strasse ..... Postfach.....

PLZ ..... Ort .....

ALWEAG Postfach 168 4717 Mümliswil (SO) Tel 062 71 31 39





## Leserbriefe

### Sowohl entweder als auch oder

Den Batzen und das Weggli könne man nicht haben, lernten wir als Kinder. Offenbar haben wir nicht gut gelernt. Denn mehr und mehr wollen wir beides, den Batzen und das Weggli: Wir wollen zwar Landschaft und Boden schonen, aber wir belegen heute rund doppelt soviel Wohnraum wie in den fünfziger Jahren. Wir wollen zwar keine Kern- und Wasserkraftwerke mehr bauen, aber wir verbrauchen jährlich zwischen zwei und drei Prozent mehr Elektrizität. Wir wollen zwar Energie sparen, aber seit 1982 haben wir den Energieverbrauch um 15,5% gesteigert. Kurz: Wir sagen Ja zur Umwelt, wir sagen aber auch Ja zum Konsum, und damit zur Belastung der Umwelt.

Sind wir nicht unehrlich? Wir erwarten von der Gesellschaft, dass sie weniger Energie verbraucht und weniger Grünflächen überbaut, wir selbst jedoch vermögen den Verlockungen der Bequemlichkeit nur selten zu widerstehen und schrauben unsere Ansprüche immer höher. Unser Anspruch an die anderen ist ein anderer als unser Anspruch an uns selbst. Für Grossprojekte anderer verlangen wir Umweltverträglichkeitsprüfungen und achten mit Argusaugen auf deren Ergebnisse, dass aber unsere Flugreise in die Ferien, unsere Zweitwohnung im Süden oder unser Wohnungswechsel in ein selbstverständlich grösseres - Appartement im Grünen einer individuellen Umweltverträglichkeitsprüfung kaum standhalten würde, verdrängen wir geflissentlich.

Während wir solche Zielkonflikte im privaten Alltag oft verdrängen, werden sie im öffentlichen Leben in der Form politischer Auseinandersetzungen ausgetragen. Hier prallt unerbittlich aufeinander, was wir im Privaten vielleicht noch verbergen können. Solche politischen Zielkonflikte können auf zwei Arten gelöst werden: Durch Bevorzugung des einen Ziels (und sei es auch nur die Wahl des kleineren Übels) oder durch einen Kompromiss, also durch ein «Entweder-Oder» oder durch ein «Sowohl-Als-auch».

Nur gibt es leider Zielkonflikte, die kein «Sowohl-Als-auch» zulassen: Wer mehr Wohnraum belegen will, kann nicht zugleich Kulturland erhalten. In diesen Fällen so zu tun, als gebe es den Kompromiss, ist Augenwischerei.

Aufgabe ehrlicher Politik muss es deshalb sein, nicht so zu tun, als liessen sich solche Zielkonflikte durch «Sowohl-Als-auch-Antworten» lösen. Oft hilft eben nur eine klare Entscheidung im Sinne des «Entweder-Oder» weiter. Denn die deutsche Sprache kennt kein «Sowohl-entweder-als-auch-oder». Batzen und Weggli zugleich gibt es nicht.

Stefan Cornaz,  
FDP-Grossrat, Basel-Stadt

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.



Die Schweiz ist herausgefordert

## Vor entscheidenden Verhandlungen

Lange Zeit glaubte man, es werde der Schweiz möglich sein, der EG fernzubleiben, aber mit einer Reihe von bilateralen Vereinbarungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit massgeschneiderte Lösungen zu finden. Dieser bilaterale Weg hätte ergänzt werden können durch Koordination innerhalb der EFTA. Nun ist aber diese Verhandlungskonzeption gescheitert. FDP-Nationalrat Heinz Allenspach, ZH, analysiert.

Vor Jahresfrist erklärte die EG-Kommission, ihre Priorität liege bei der Realisierung und der Festigung des Binnenmarktes und nicht bei dessen Erweiterung auf andere Länder. Das Gesuch Österreichs, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, wurde deshalb von Brüssel zurückgestellt. Ferner erklärte EG-Kommissionspräsident Delors, dass die EG nicht in der Lage und willens sei, mit jedem EFTA-Land bilateral über die wirtschaftliche Annäherung zu verhandeln; in Frage kämen nur multilaterale Verhandlungen mit der EFTA als Gesamtheit. Dabei müsste die EFTA genau wie die EG mit einer Stimme sprechen.

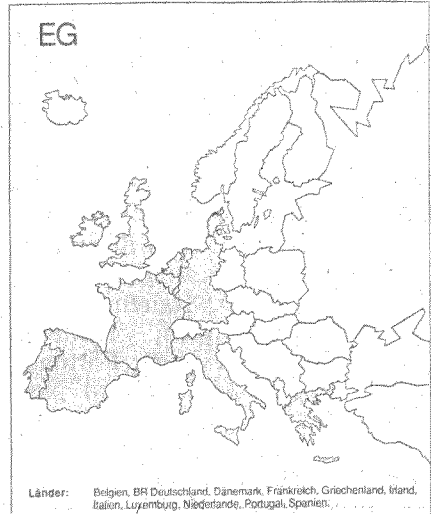
Die EFTA hat sich diesem Verhandlungskonzept gebeugt, zum Teil gegen schweizerischen Widerstand. Für die Schweiz bedeutete dieses multilaterale Verhandlungskonzept eine wesentliche Verschlechterung der Ausgangslage.

### Europäischer Wirtschaftsraum

Im Vordergrund steht heute die Schaffung eines Europäischen

Wirtschaftsraums, der aus zwei Staatengruppen, nämlich der EG und der EFTA, gebildet werden soll. Die EG hat damit ihr Interesse am Weiterbestand der EFTA bekundet.

In diesem Europäischen Wirtschaftsraum sollten die vier Grundfreiheiten gelten, nämlich die Freiheit des Güterverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, des Personenverkehrs und des Kapitalverkehrs, nicht aber die weitergehenden politischen EG-Finalitäten.



Länder: Belgien, BR Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien.

Über die Ausgestaltung dieses Europäischen Wirtschaftsraums haben EG und EFTA Gespräche aufgenommen. Das Verhandlungsprozedere gleicht einem Hindernislauf. Zuerst muss die Schweiz ihre Interessen innerhalb der EFTA vertreten und sie in die EFTA-Position einbringen. Das ist nicht einfach, weil die politische Struktur und die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz wesentlich von anderen EFTA-Staaten abweichen. Wir befinden uns gegenüber dem skandinavischen EFTA-Block in einer Minderheitsposition.

In den Verhandlungen mit der EG kann die EFTA ihre Anliegen auch nur beschränkt durchbringen. Die EG ist stärker, zentral geleitet und im Grunde genommen zu keiner Konzession bereit, die die Vollendung des EG-Binnenmarktes gefährden könnte.

### Acquis communautaire

Die EG dringt darauf, dass die EFTA im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums die für den EG-Binnenmarkt bereits geschaffenen Rechtsregeln in ihren wesentlichsten Bestandteilen übernimmt. Dieses «Acquis communautaire», das wir en bloc übernehmen müssen, ist zwar noch nicht in allen Teilen definiert: was wir heute davon wissen, ist aber schon besorgniserregend genug: Übernahme der EG-Richtlinien für den Freihandel im Bereich der Industriewaren, Übernahme der EG-Normen, Zertifizierungsbestimmungen und Produkthaftpflicht, Übernahme des EG-Sozialrechtes, Übernahme des EG-Wettbewerbs- und Kartellrechts, Übernahme der EG-Liberalisierung des Kapital- und Dienstleistungsverkehrs, möglicherweise auch Aufhebung der Bewilligungspflicht für Grundstückkäufe durch Ausländer oder der Ausländervorschriften bei Aktienvinkulierung usw.

Möglicherweise - doch dies scheint noch verhandlungsfähig - müsste auch die Einführung der



Länder: Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.

Mehrwertsteuer mitübernommen werden. Nicht einbezogen wird die Landwirtschaftspolitik, da diese im Rahmen der Gatt-Verhandlungen ohnehin umgestaltet werden wird. Zu Konzessionen bereit dürfte die EG im Bereich der Ausländerpolitik sein, sofern die Schweiz einigermaßen EG-konforme Lösungen zu treffen bereit ist.

### Zeitdruck

Zwar handelt es sich bei den Überlegungen über die Verhandlungsposition der Schweiz noch um Hypothesen. Behörden, Parlament und Öffentlichkeit müssen sich aber unverzüglich der Tragweite der kommenden Auseinandersetzungen bewusst werden.

Der Europäische Wirtschaftsraum sollte gleichzeitig mit dem EG-Binnenmarkt Ende 1992 in Funktion treten. Eine solche Vereinbarung braucht die Zustimmung der eidgenössischen Räte und muss dem Referendum unterstellt werden. Das braucht im besten Fall 1½ Jahre. Wir werden, wenn wir die neue Herausforderung bestehen wollen, unter Zeitdruck ganz intensiv nachdenken, vordenken und vorausdenken müssen.

### Satellisierung

Nach der Vollendung des Binnenmarktes 1992 wird die EG nicht untätig bleiben, denn die wirtschaftliche und technische Dynamik, das globale Umfeld und die Detailausgestaltung des Binnenmarktes bedürfen auch nach 1992 ständig neuer Beschlüsse. Die EG will sich trotz Europäischem Wirtschaftsraum autonom weiterentwickeln und sich nicht von der EFTA blockieren lassen.

Sie verlangt von den EFTA-Staaten mehr oder weniger automatische Übernahme der neuen, noch nicht gefassten EG-Bestimmungen. Das würde de facto auf eine Satellisierung der EFTA hinauslaufen. Die EG wäre zwar bereit, zu einer permanenten, aber unverbindlichen Konsultation Hand zu bieten, während die EFTA-Staaten echte Mitbestimmung fordern müssen. Eine Satellisierung würde unsere Souveränität weit stärker beschränken als ein EG-Vollbeitritt.

Der EG-Binnenmarkt, die Errichtung eines Europäischen Wirtschaftsraums, fordert uns. Wir werden in kürzerer Zeit denn je die folgenschwersten Entscheidungen zu treffen haben. Die uns von aussen aufgezwungene Herausforderung muss neue Kräfte wecken und das vorhandene geistige und gesellschaftliche Potential mobilisieren. EG 92 ist für die Schweiz nicht nur eine Gefahr, sie ist auch eine Chance.

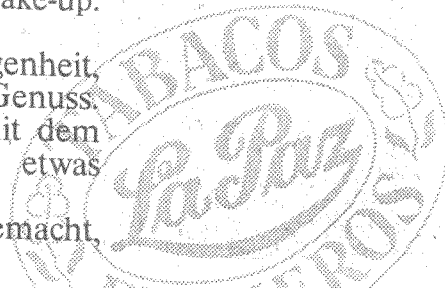
# Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

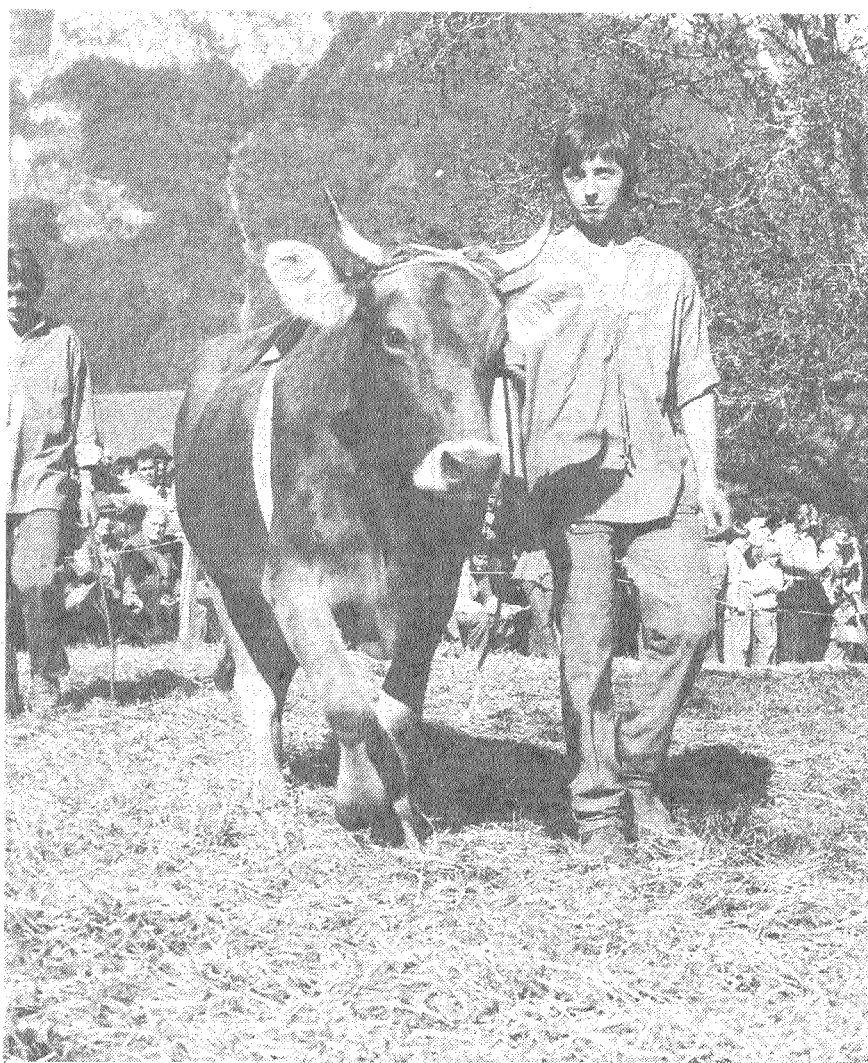
Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.



Cigarillos Autenticos.





Ist die Landwirtschaftspolitik mit der Initiative von «Bauern für Bauern» endlich in den richtigen Händen?

Ausgewogene und zeitgemässe Bauerninitiative

## Für Bauernstand und Schweizervolk

Die Diskussion um eine «bessere» Agrarpolitik hielt auch nach der Abstimmung über die Kleinbauerninitiative an und führte zu neuen Initiativbegehren. Unter diesen Umständen war der Schweizerische Bauernverband gezwungen zu handeln. Seine Bauerninitiative nennt die wesentlichen Ziele einer ausgewogenen und zeitgemässen Agrarpolitik und lässt gleichzeitig dem Gesetzgeber den erforderlichen Spielraum. Diese Volksinitiative zielt nach Meinung von FDP-Nationalrat Walter Zwingli, Rheineck, in die richtige Richtung.

Wie Gewitterwolken prasseln gelegentlich Kritikwellen über unsere Landwirtschaft. Zu viel, zu teuer und zu wenig umweltgerecht heisst der variantenreiche Dreiklang. Das auf den ersten Blick bestechend einfache Kritikkonzept erweist sich bei näherem Zusehen als ein schwer durchschaubares Gestrüpp von Interessenkollisionen und Widersprüchen. Hinzu kommt die Tatsache eines eigentlichen Informationsnotstandes über Landwirtschaftsfragen bei grossen Teilen der nichtbäuerlichen Bevölkerung. Wir hatten jahrelang versäumt, das Schweizervolk sachlich und objektiv über die Landwirtschaft zu informieren.

So endete 1986 der Abstimmungskampf über den Zuckerbeschluss für den Bauernstand mit einer klaren Niederlage: Die Abstimmungsanalyse über die Kleinbauerninitiative zeigte ein weiteres ernst zu nehmendes Ergebnis: Ein grosser Teil der



Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verlangt von der Landwirtschaft Anpassungen, obwohl die Meinungen über die Art und das Ausmass von Veränderungen himmelweit auseinandergehen.

### Neue Initiativen – neue Auseinandersetzungen

Unmittelbar nach der Ablehnung der Kleinbauerninitiative stiegen aus den Pulverdampfschwaden des Abstimmungskampfes etwa zehn Agrarkonzepte von Wirtschaftsverbänden und politischen Parteien sowie mehrere Vorstösse in den eidgenössischen Räten und schliesslich zwei neue Agrarinitiativen empor.

Über diese Vorstösse (jene der Umweltschutzorganisationen NAP und jene des LdU) kann, obwohl eigentlich ein «bereinigter» Text veröffentlicht wurde, noch nichts Definitives ausgesagt werden. Neuerdings sollen sie zu einem Konkubinatspaar zusam-

mengekuppelt oder gar «verheiratet» werden. Als «Trauzeugen» soll kein Geringerer als SPS-Präsident Helmut Hubacher amtieren.

Trotzdem sind an beiden Initiativen einige Schwerpunkte zu erkennen: Die NAP-Initiative steuert eine extrem extensive Landwirtschaft an. Sie will offenbar von einem Produktionsauftrag an die Landwirtschaft bewusst nichts wissen. Ob unsere Konsumenten und Steuerzahler bereit sind, für eine möglichst kleine Produktion einer bisherigen Anzahl Bauernfamilien ein angemessenes Einkommen zu erhalten, bleibt schleierhaft. Was würde man beim Befolgen dieses Konzeptes dereinst zur Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft sagen?

Die LdU-Initiative will «mehr Markt» mit marktgerechten Preisen. Dieser Schwerpunkt gleicht ein Stück weit der abgelehnten Denner-VKMB-Initiative. Ob mit «marktgerecht» EG-ähnliche oder gar durch Exportverbilligungen verfälschte Weltmarktpreise gemeint sind, ist aus dem heute vorliegenden Text nicht ersichtlich. Ob und wie weit und mit welcher administrativen Akrobatik der Einkommenszerfall der Bauern durch Direktzahlungen aufgefangen werden soll, bleibt Geheimnis der Initianten.

Eines scheint klar: Während die inländische Nahrungsmittelproduktion bei der NAP-Initiative durch überrissene Umweltschutzvorschriften dezimiert werden soll, strebt die LdU-Initiative das gleiche Ziel über einen ruinösen Zerfall der Produzentenpreise an. Das Ergebnis wäre weitgehend das gleiche: ein weiteres Absinken des ohnehin tiefen Selbstversorgungsgrades. Sollen wir unsere Auslandsabhängigkeit nach dem Atomstrom nun auch bei den Nahrungsmitteln weiter vergrössern?

### Eine Initiative der Bauern

In dieser Situation blieb dem Schweizerischen Bauernverband keine andere Wahl als die Lancierung einer eigenen Agrarinitiative. Der Initiativtext des SBV baut auf dem bisherigen Text des Wirtschaftsartikels unserer Bundesverfassung auf und ergänzt ihn mit einem neuen Artikel 31<sup>octies</sup>. Darin sind die anerkannten Aufgaben unserer Landwirtschaft sowie die Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgaben aufgelistet.

Diese Zielvorgaben lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

- umweltgerecht erzeugte Nahrungsmittel
- leistungsfähige Landwirtschaft mit bodenbewirtschaftenden, bäuerlichen Familienbetrieben und
- Gestaltung eines lebensfähigen ländlichen Raumes

Zudem gewährleisten diese Zielsetzungen der Interpretation durch den Gesetzgeber den erforderlichen Spielraum.

Der kommende EG-Binnenmarkt 92, die schwierige Kompromissfindung im Gatt und die grundlegend neue Situation in Osteuropa stellen zusätzliche Anforderungen an eine sinnvolle Weiterentwicklung unserer Agrarpolitik. Wir haben Lösungen zu suchen und zu finden, die nicht nur für heute und morgen, sondern auch für übermorgen Bestand haben. Ein gesunder Bauernstand und eine leistungsfähige Landwirtschaft liegen nach wie vor im wohlverstandenen und längerfristigen Gesamtinteresse unseres Volkes und unseres Landes.

In gemeinsamer Anstrengung von bäuerlicher und nichtbäuerlicher Bevölkerung sind in erstaunlich kurzer Sammelzeit von wenig mehr als zwei Monaten nun etwa 250 000 Unterschriften von Stimmberechtigten zusammengekommen. Ich würde das als Ausdruck der Solidarität und des Vertrauens zum Bauernstand.

## Stimm- und Wahlrechtsalter 18 auf Bundesebene

### Die Zeit für einen neuen Anlauf ist reif

Einstimmig und ohne Enthaltungen beschloss eine Nationalratskommission eine Kommissionsinitiative, damit bereits 1991 erneut eine Volksabstimmung über das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 auf Bundesebene stattfinden könnte. FDP-Nationalrat Rolf Büttiker (SO) begrüsst diesen Vorstoss.

Zehn Jahre nach dem letzten, knappen Volksentscheid soll nun wieder ein Anlauf genommen werden, das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 auf Bundesebene endlich einzuführen. Mit 964 749 Nein gegen 934 073 Ja haben die Stimmberechtigten im Februar 1979 die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalter auf 18 Jahre knapp abgelehnt.

In der Zwischenzeit zeigt sich aber immer deutlicher, dass die demographische Entwicklung der schweizerischen Bevölkerung immer mehr zugunsten der älteren Generation verläuft und sich gewisse Korrekturen einfach aufdrängen. Einige Kantone haben seit dem Volks-Nein auf Bundesebene mit der Partizipation der Jugendlichen ernst gemacht und das Stimm- und Wahlrechtsalter gesenkt. Deshalb wäre es angebracht, bis 1991, bis zum 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft also, auch die 18- und 19-jährigen in der Schweiz politisch mitbestimmen zu lassen.

In 15 Kantonen und Halbkantonen ist das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 bereits Wirklichkeit. Nur 12 Kantone haben es allerdings auf kantonaler Ebene eingeführt. Es sind dies (in Klammer das Einführungsjahr): Schwyz (1883), Jura (1978), Neuenburg (1979), Waadt (1980), Genf (1980), Zug (1980), Glarus (1980), Baselland (1980), Nidwalden (1982), Obwalden (1983), Basel-Stadt (1988) und Uri (1989).

In den Kantonen Bern, Luzern und Graubünden haben die Gemeinden die Möglichkeit, das Stimmrechtsalter in kommunalen Angelegenheiten auf 18 Jahre zu senken.

Eingeführt ist das Wahlrechtsalter 18 auch in den meisten westlichen Staaten, so zum Beispiel in den USA, in Kanada, Frankreich, der BRD, Italien, Grossbritannien, Belgien, Holland, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Dänemark und Norwegen.

Die Alterspyramide der Schweiz ist je länger, je mehr keine «Birne» mehr, sondern eher ein «fauler Apfel». Der Anteil der jüngeren Leute nimmt nämlich stetig ab, während die älteren Jahrgänge zahlenmässig an Bedeutung zulegen. Diese Tendenz verschiebt natürlich auch die Gewichte innerhalb der stimm- und wahlberechtigten Bevölkerung. Diese Entwicklung muss aus staatspolitischen Überlegungen gebremst bzw. korrigiert werden, weil vor allem die Jugendlichen die grundlegenden Entscheide von heute in der Zukunft tragen müssen.



Deshalb ist es zweifellos sinnvoll, durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 18 den Schwerpunkt der Altersstruktur etwas zum «Jugendpol» zu verschieben und schätzungsweise etwa 160 000 bis 170 000 jungen Schweizerinnen und Schweizern die politische Mündigkeit zu geben, damit diese mit echten Chancen über ihre eigene Zukunft mitbestimmen können.

An unseren Mittel- und Gewerbeschulen werden die Jugendlichen mehr oder weniger auf ihre Rolle als Staatsbürger vorbereitet. Der staatsbürgerliche Unterricht hat aber die grosse Schwäche, dass eben nur alles graue Theorie ist. Dabei wäre es für den Staatskundeführer in seiner Tätigkeit besonders wichtig, seine Schülerinnen und Schüler in der Praxis auf das «Staatsbürgersein» vorzubereiten. Die Motivation und damit direkt zusammenhängend der Ausbildungserfolg (aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger) könnten schlagartig im Interesse aller erhöht werden. Denn die direkte Demokratie kann nur überleben und funktionieren, wenn sich auch in Zukunft möglichst viele Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen.

Es gibt sehr viele Ziele einer Jugendpolitik. Für mich bedeutet aber Jugendpolitik vor allem, den jungen Menschen für die Öffentlichkeit, für die Gemeinschaft zu interessieren und ihn in diese Gemeinschaft in positivem Sinne hineinwachsen zu lassen, hineinwachsen in die Übernahme von Pflichten. Pflichten zu übernehmen heisst aber auch, Rechte zu haben, bei der Gestaltung dieser Pflichten mitsprechen zu können.

Ich betrachte das Herabsetzen des Stimmrechtsalters als ein Mittel, um integrativ zu wirken in Bezug auf unsere junge Generation, und mir scheint, wir sollten zu unserer jungen Generation Vertrauen haben. Das Vertrauen können wir nun beweisen, indem wir ihr das Recht geben, in einem Alter an die Urnen zu gehen, in dem sie nach meiner Meinung dazu auch reif und fähig ist.

### Altersstruktur

(in %)	unter 15 Jahre			15-64 Jahre			über 65 Jahre					
	1980	2000	2040	1980	2000	2040	1980	2000	2040			
Österreich	20,5	18,8	16,8	17,3	64,0	66,3	63,8	58,7	15,5	14,9	19,4	23,9
Belgien	20,0	18,3	16,3	17,3	65,6	67,0	66,0	60,8	14,4	14,7	17,7	21,9
Frankreich	22,3	19,2	17,0	17,9	63,8	65,5	63,6	59,4	14,0	15,3	19,5	22,7
BRD	18,2	15,5	13,4	15,2	66,3	67,4	64,8	57,2	15,5	17,1	21,7	27,6
Japan	23,5	17,5	16,8	17,4	67,4	67,3	62,3	60,0	9,1	15,2	20,9	22,7
Spanien	25,9	19,8	15,9	18,0	63,3	65,8	67,1	59,4	10,9	14,4	17,0	22,5
Schweden	19,6	17,4	16,3	17,4	64,1	66,0	62,9	60,1	16,3	16,6	20,8	22,7
Grossbritannien	21,1	20,5	19,9	17,9	64,0	65,0	63,8	61,7	14,9	14,5	16,3	20,4
USA	22,5	21,1	19,2	18,9	66,2	66,8	64,7	61,3	11,3	12,1	16,2	19,8
Schweiz a)	19,7	16,4	14,5	15,1	66,5	66,9	61,1	56,7	13,8	16,7	24,4	28,3
Schweiz b)	19,7	16,7	14,5	13,9	66,5	67,5	65,3	62,7	13,8	15,8	20,2	23,4
OECD	23,4	19,5	17,2	17,9	64,4	66,6	64,9	60,2	12,2	13,9	17,9	21,9

a) OECD-Prognose unter Annahme von Netto-Einwanderung Null  
b) Hauptszenario des Bundesamtes für Statistik

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62